

## Wer kontrolliert die Diesel-Fahrer?

Polizei will „automatisierte Kennzeichenerfassung“

Fahrer alter Diesel haben nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei in den Fahrverbotszonen in Berlin nicht allzu viel zu befürchten. „Der Personalkörper der Berliner Polizei gibt es nie im Leben her, dass wir alle Verbotszonen im Blick behalten und dort regelmäßig kontrollieren können“, teilte die Gewerkschaft am Montag mit. „Unter diesen Voraussetzungen wird es nicht über medienwirksame Großsitzungen hinausgehen.“

Die Fahrverbote seien so nicht kontrollierbar. Die Gewerkschaft fordert eine automatisierte Kennzeichenerkennung in den betroffenen Straßenabschnitten. Dabei erfassen Kameras die Nummernschilder. Anhand der Daten lässt sich bei den Zulassungsbehörden ermitteln, ob das Fahrzeug einen zulässigen Antrieb hat.

Der Senat hatte im Juli Dieselfahrverbote für mehrere Stellen in der Hauptstadt beschlossen, um die Stickoxidbelastung zu senken. Seit Kurzem stehen Verbotsschilder an der Silbersteinstraße und der Hermannstraße in Neukölln sowie an der Stromstraße in Moabit.

Dort sind Straßenabschnitte für Diesel-Autos und -Lastwagen bis einschließlich Abgasnorm Euro 5 tabu, um die Luftqualität zu verbessern. Wer mit seinem Auto erwischt wird, müsste nach geltender Rechtslage ein Bußgeld von 25 Euro zahlen, bei Lastwagen sind es 75 Euro.

Ein Polizeisprecher sagte, dass auch Polizeipräsidentin Barbara Slowik die Kennzeichenerfassung als eine Möglichkeit sehe, das Verbot effektiv durchzusetzen. Dies habe sie in einem Gespräch mit der Gewerkschaft deutlich gemacht. Eine entsprechende Forderung habe Slowik aber nicht erhoben.

Kritiker fürchten um den Datenschutz. Das Bundesverfassungsgericht hatte Vorschriften zum automatischen Abgleich von Kfz-Kennzeichen mit Fahndungsdaten in drei Bundesländern zum Teil für verfassungswidrig erklärt. Die Länder wollten damit Gefahren abwehren. (dpa)



Der VVN-BdA auf der Unterteilbar-Demo gegen Rassismus im Oktober 2018 in Berlin  
Foto: Jens Jeske/imag

## Alle gegen das Finanzamt

Der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes droht eine erste Frist für Steuerrückzahlungen. Die Organisation wehrt sich

Von Erik Peter

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) erlebt einen Mitgliederboom. Etwas mehr als eine Woche seit öffentlich bekannt wurde, dass das Berliner Finanzamt für Körperschaften dem Verband die Gemeinnützigkeit aberkannt hat, sind – nur online – bereits 670 Menschen neu eingetreten, 200 davon aus Berlin. „Ich bin seit 30 Jahren im VVN, das gab's noch nie“, so Bundesgeschäftsführer Thomas Willms zur taz: „Es sieht auch nicht aus, als würde das aufhören.“ Bis vor einer Woche gehörten dem 1947 gegründeten Verband von NS-Verfolgten und -Widerstandskämpfern knapp 6.000 Mitglieder an.

Trotzdem bleibt die Lage existenzbedrohend: Bereits an diesem Mittwoch läuft eine Deadline für die Rückzahlung der Körperschaft- und Gewerbesteuer für die Jahre 2016 und 2017 ab. Allein bei diesen Posten handelt es sich laut Willms um einen fünfstelligen Betrag. Nachforderungen drohen zu dem bei der Mehrwertsteuer und für eingegangene Spenden, die bislang steuerlich abgesetzt werden durften. Die VVN-BdA hat Widerspruch gegen die Entscheidung des Finanzamts eingelegt, die einzig auf dem

Fakt beruhte, dass die Organisation im bayerischen Verfassungsschutzbericht als „links-extremistisch beeinflusst“ dargestellt wird. Auch einen Antrag auf Aussetzung der Nachzahlung bis zu einer Grundsatzentscheidung hat der VVN eingereicht. Eine Antwort steht aus.

In ihrem Widerspruch argumentiert die VVN formal – die im VS-Bericht genannte bayerische Landesvereinigung ist selbstständig – und widerspricht auch inhaltlich der Einschätzung der Verfassungsförderung. „Außerdem haben wir eine Liste von Ehrungen, Batterien von Bundesverdienstkreuzen, Straßen- und Platznennungen für unsere Mitglieder eingereicht“, so Willms.

### Kaum Handlungsraum

Während die SPD sich zumindest öffentlich bedeckt hält, hatten Linke und Grüne in Berlin die Entscheidung scharf kritisiert. Laut der Linken-Abgeordneten Manuela Schmidt laufen inzwischen Gespräche in der rot-rot-grünen Koalition für eine Bundesratsinitiative, um die Abgabenordnung zu verändern. „Wir haben ein Interesse daran, eine Lösung im Bundesrecht zu finden“, so Schmidt. Direkte politische Handlungspielräume seien angesichts der Entscheidung, die einem Gerichtsurteil gleichkommt, jedoch begrenzt.

Nichtsdestotrotz sagt Schmidt: „Wir erwarten deutliche Signale vom Senat. Was politisch machbar ist, soll umgesetzt werden.“ Sie spricht von „Erwartungshaltungen“, die eine politische Führung an die Verwaltung formulieren muss. Auch die Holocaust-Überlebende und VVN-BdA-Ehrenvorsitzende Esther Bejarano hatte in einem offenen Brief an Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) gefragt: „Entscheidet hierzulande tatsächlich eine Steuerbehörde über die Existenzmöglichkeit einer Vereinigung von Überlebenden der Naziverbrechen?“

Die Finanzverwaltung teilt auf Anfrage mit: „Das Finanzamt ist im Sinne einer Beweislastumkehr an die Wertung in dem jeweiligen Verfassungsschutzbericht gebunden.“ Die betroffene Organisation sei demnach dafür verantwortlich, „dass der volle Beweis erbracht werden muss, dass es sich nicht um eine extremistische Organisation handelt.“

In Nordrhein-Westfalen war das Finanzamt der Argumentation der VVN-BdA gefolgt und hatte die Gemeinnützigkeit trotz der Nennung im VS-Bericht zuerkannt. Der Berliner Landesverband erhält den Steuerbescheid 2020. Ohne eine andere Regelung auf Bundesebene droht auch ihnen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit.

## Sawsan Chebli Morddrohung von rechts

Die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli wird nach eigenen Angaben von mutmaßlichen Rechtsextremisten mit dem Tode bedroht. Die SPD-Politikerin veröffentlichte am Montag auf Twitter ein von Unbekannten an sie gerichtetes Schreiben mit einer Morddrohung. Chebli habe es auf „unsere Todesliste geschafft“, heißt es in dem Text, in dem sie rassistisch beschimpft wird. Chebli erstattete nach eigenen Angaben Anzeige. Zuletzt hatten die Grünen-Politiker Cem Özdemir und Claudia Roth Morddrohungen mutmaßlicher Rechtsextremisten erhalten. In dem Brief an Chebli wird darauf Bezug genommen. Erwähnt wird zudem der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke, der am 2. Juni mit einem Kopfschuss vor seinem Haus im Landkreis Kassel getötet wurde. Chebli ist Staatssekretärin für bürgerschaftliches Engagement und Internationales. Sie hat palästinensische Wurzeln und erhebt immer wieder ihre Stimme gegen Rassismus und Intoleranz. (dpa)

## Stasi-Museum Diebe stehlen nur Fake-Orden

Die aus dem Berliner Stasimuseum gestohlenen Orden waren zum großen Teil Nachbildungen und nicht viel wert. Das sagte der Leiter des Museums, Jörg Drieselmann, am Montag. „Gestohlen wurden acht Orden, von denen nur einer echt war. Die anderen waren Faksimiles.“ Bei dem Einbruch in der Nacht zu Sonntag war auch Goldschmuck gestohlen worden. Drieselmann sprach von etwa 1.500 Euro Materialwert. Nach seinem Eindruck hätten die Einbrecher gezielt die Orden und den Schmuck im Visier gehabt. Aber: „Da hat der Sachverständigen nicht ausgereicht, den Wert genau zu erfassen.“ Für das Museum sei der Einbruch trotzdem bitter. „Verglichen mit dem Diebstahl sind die angerichteten Schäden höher.“ Die Reparatur unter anderem der drei zerstörten Vitrinen koste eine niedrige zweistellige Tausendersumme. (dpa)

### Podiumsdiskussion

#### Demokratie in Gefahr? Medien im Zeitalter des Populismus

Klassischen Medien haben kein Informationsprivileg mehr und sind von populistischer Seite starken Attacken durch alternative Wahrheiten ausgesetzt. Viele zweifeln deshalb am Neutralitätsgebot des Journalismus. Was bedeutet das für Pressefreiheit und demokratische Gesellschaften, u.a. für die US-Präsidentenwahlen?

Unsere Gäste sind: **Molly Ball**, *TIME* und **Ines Pohl**, Deutsche Welle, moderiert von **Barbara Junge**, taz.

Anmeldung unter: stiftung@taz.de

#### Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Eine Veranstaltung der taz in Kooperation mit dem German Marshall Fund of the United States und dem Villa Aurora & Thomas Mann House e. V.

### taz kantine

Dienstag, 3. Dezember 2019, 18.30 Uhr, Eintritt frei  
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin-Kreuzberg

## Verkaufsoffener Sonntag im taz Shop

taz.de/shop

### Programm:

- 9 bis 13 Uhr – Krabbelecke für die ganz Kleinen
- 11 bis 12 Uhr – Vorlesecke
- 12 Uhr – @TOM Signierstunde
- 13 Uhr – Kekse backen für Kinder ab 3 Jahren
- 14.30 Uhr – Kinderkino mit Musik für Kinder ab 3 Jahren

Brunchbuffet für 9 Euro von 9.30–12.30 Uhr

Danach Kaffee und Kuchen

### taz kantine

Sonntag, 8. Dezember 2019, von 9 bis 16 Uhr, Eintritt frei  
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin-Kreuzberg

## Respekt für den Türkischen Bund

Der Türkische Bund Berlin-Brandenburg wird für seine LGBTI-Arbeit mit dem Respektpreis ausgezeichnet

Von Björn Brinkmann

Der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) ist mit dem Respektpreis des Bündnis gegen Homophobie ausgezeichnet worden. Der TBB engagiert sich seit Jahren immer wieder für mehr Akzeptanz von Menschen abweichender sexueller Orientierung innerhalb der türkischstämmigen Community. „Schon bei der Nominierung haben wir uns gefreut“, sagte Safer Çinar, Sprecher des prämierten Vereins. „Dass wir den Preis jetzt bekommen, ist auch eine Ermutigung, dass unsere Aktivitäten sinnvoll und ziel führend sind.“ Der Lesben- und

Schwulenverband (LSVD) Berlin-Brandenburg betonte die Kontinuität der Arbeit des TBB.

So habe der Türkische Bund schon 2004 eine Plakatkampagne mit dem Titel „Kai ist schwul. Murat auch! Sie gehören zu uns. Jederzeit!“ initiiert. 2011 habe der Verein außerdem an einem mehrsprachigen Elternbrief zur Aufklärung über sexuelle Minderheiten mitgewirkt. „Das aktuelle Projekt ‚Mein Kind‘ steht beispielhaft für das nachhaltige Engagement des Türkischen Bundes“, sagte Jörg Steinert, Geschäftsführer des LSVD Berlin-Brandenburg.

Dabei handele es sich nicht um ein Aufklärungsprojekt,

wie Çinar erklärte. Vielmehr wolle man Eltern innerhalb der türkischen Community in Berlin zusammenbringen, wenn sie Probleme beim Umgang mit der sexuellen Entwicklung ihrer Kinder haben. „Es geht darum, betroffene Eltern zu ermutigen, sich hinter ihre Kinder zu stellen.“ Deswegen auch der Untertitel des Programms: „Ohne wenn und aber.“

Die Idee stamme aus Istanbul, wo es eine ähnliche Elterngruppe bereits seit längerem gebe. Zum Jahresende laufe das Projekt nun aus. Einige Eltern hätten das Angebot bereits angenommen. „Wir sind mit der Aktion 2018 ins kalte Wasser ge-

sprungen. Jetzt werden wir das Konzept bis Mitte 2020 mit Experten verbessern“, berichtet Çinar.

Zur Preisverleihung am Potsdamer Platz referierte Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik auch die aktuellen Zahlen zu Übergriffen gegen LGBTI-Personen. Im laufenden Jahr gab es demnach 261 Beleidigungen und Angriffe ein Plus von mehr als 40 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis. Slowik führte den Anstieg auf eine zunehmende gesellschaftliche Polarisierung zurück. Dabei sei wegen der großen Dunkelziffer unklar, ob es mehr Übergriffe oder mehr Meldungen gäbe.